

Milliarden für den Klimaschutz

Kabinett bringt Sofortprogramm auf den Weg – größter Posten ist die Förderung energieeffizienter Gebäude

FATIMA ABBAS

Berlin. Bis 2045 hat sich Deutschland ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Dann sollen noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden, wie aus der Atmosphäre neutralisiert werden können. Über den Weg dahin hat die Politik in den vergangenen Wochen heftig gestritten. Nun hat die Bundesregierung ein Acht-Milliarden-Investitionsprogramm aufgelegt, es soll das Land fit machen für die klimaneutrale Zukunft. „Damit sorgen wir für einen zusätzlichen Schub im Kampf gegen die globale Erwärmung“, betont Sarah Ryglewski (SPD), Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium.

„Deutschland soll Pionier beim Klimaschutz werden, und dafür schaffen wir jetzt die nötigen Voraussetzungen.“

Das Wichtigste des Programms im Überblick:



KLIMAFREUNDLICHE ENERGIEN: Das Sofortprogramm soll den Umstieg auf klimafreundliche Technologien fördern.

Industrie: 859 Millionen Euro will die Bundesregierung ausgeben, um die Unternehmen in Deutschland für die ökologische Transformation zu rüsten. Aus diesem Topf will die Bundesregierung 650,2 Millionen Euro zusätzlich für sogenannte Klimaschutzverträge mit der Industrie bereitstellen. Es handelt sich dabei um staatliche Förderprogramme, die Mehrkosten für Investitionen in klimafreundliche Produktion ausgleichen sollen, etwa wenn Unternehmen viel Geld in den teuren Einsatz von grünem Wasserstoff investieren. Die Stahlindustrie soll zur Umstellung ihrer Hochöfen auf wasserstoffbasierte Produktion 100 Millionen Euro erhalten. Auch die chemische Industrie soll mit 50 Millionen Euro bedacht werden, um etwa von fossilen Energieträgern auf saubere Produktion umzustellen.

Energie: Der Gebäudesektor hat als einziger im vergangenen Jahr mehr Kohlendioxid (CO₂) emittiert als erlaubt. Entsprechend groß ist die Summe, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für diesen Bereich vorgesehen hat. Zusätzliche 5,5 Milliarden Euro sollen bis 2025 in die energetische Sanierung von Wohngebäuden und den klimafreundlichen Neubau oder die Sanierung von Sozialwohnungen fließen. Der soziale Wohnungsbau erhält damit aus diesem Topf eine Milliarde Euro. Gleichzeitig sollen die energetischen Mindeststandards für neue Gebäude angehoben werden. Wie genau, ist nicht konkreter ausgeführt.

Verkehr: Mehr als eine Milliarde Euro sind zusätzlich etwa für neue Radwege, die Digitalisierung der Schienenwege und neue Schnellladestationen vorgesehen. Auch Wasserstraßen und die klimafreundliche Schifffahrt sollen von diesem Posten profitieren.

Landwirtschaft: Mehr als 150 Millionen Euro will der Bund für die Förderung der Energieeffizienz im Agrarsektor bereitstellen. Damit sollen etwa emissionsarme Ställe und Lagerstätten sowie die Forschung für eine klimafreundliche Landwirtschaft bedacht werden.

Wälder und Moore: Mehr als 330 Millionen Euro sind etwa für den Schutz der Moore und die nachhaltige Waldbewirtschaftung eingeplant. 200 Millionen Euro davon will die Bundesregierung wiederum reservieren, um die Klimaschutzleistung der Wälder zu honorieren. Das fordern Waldbesitzer seit längerem. Denn gesunde Bäume können das klimaschädliche CO₂ binden und folglich für weniger Treibhausgase sorgen. Im neuen Bundesklimaschutzgesetz soll diese CO₂-Senkenleistung erstmals als fester Bestandteil in die Gesamtkalkulation zur Reduktion von Treibhausgasen fließen.

Kritik am Programm: Selbst Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) will nicht von einem „Sofortprogramm“ sprechen, da die Maßnahmen nicht sofort in Kraft treten, sondern vielmehr eine „Brücke in die kommende Wahlperiode“ darstellen, wie die Ministerin erläutert. Man sehe „an diesem Programm auch deutlich, was alles fehlt“, sagte Schulze. Weder die hälftige CO₂-Preiskosten-Aufteilung zwischen Mietern und Vermietern noch ein Ausbaupfad für erneuerbare Energien bis 2030 Einzug hätten ins Investitionsprogramm Einzug gehalten hätten. Das sei „am Widerstand der von der Immobilien-Lobby beeinflussten Unionsfraktion“ gescheitert, erklärte die Umweltministerin.

Kritik kam auch von Umweltverbänden und aus der Opposition. Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer sprach von einem „Wunschzettel“, den die nächste Bundesregierung umzusetzen habe. Auch der Direktor der Denkfabrik Agora Energiewende, Patrick Graichen, äußerte sich kritisch. „Das Sofortprogramm ist ein ungedeckter Scheck, weil es vor allem Haushaltsmittel 2022 in Aussicht stellt, über die aber die nächste Regierung und das nächste Parlament entscheiden“, sagte Graichen. Um das höhere Klimaziel bis 2030 zu erreichen, brauche es neben Fördermitteln schnell wirkende Gesetze und Verordnungen, etwa „ambitionierte Gebäudestandards, höhere CO₂-Preise und niedrigere Strompreise“.
